

sparungsanreize erhalten bleiben. Die Einführung der Umlage muss unbedingt von einer Strategie zu einem beschleunigten Ausbau alternativer Energieproduktion begleitet werden, damit die Gasverstromung nicht zum Dauerproblem wird. Ein Vorschlag, der sowohl zu einer Moderation der Strommärkte als auch zu einem beschleunigten Ausbau beitragen

kann, ist die vom DIW vorgeschlagene Einführung von Differenzverträgen in der EE-Förderung.⁷⁸

78 https://www.diw.de/de/diw_01.c.851328.de/erneuerbare_energien__differenzvertraege_ermoeglichen_schnellen__kostenguenstigen__und_risikoarmen_ausbau.html (zuletzt abgerufen am 14. September 2022).

Rechtsentwicklung in Südosteuropa im 1. Halbjahr 2022

Dr. Pavel Usvatov, Bukarest / Dr. Mahir Muharemović, Tuzla*

Die Neue Justiz setzt in Zusammenarbeit mit dem Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) im Anschluss an den Überblick in der NJ 2022, 145 ff., ihre halbjährliche Berichterstattung über die Entwicklung des Rechts in den Ländern Südosteuropas fort. Nachfolgend werden ausgewählte gesetzliche Neuerungen im Zeitraum 1. Januar bis 1. Juli 2022 aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Republik Moldau, Rumänien sowie Serbien dargestellt.

ALBANIEN (Aulona Hazbiu, Tirana**)

Das parlamentarische Leben in den letzten sechs Monaten war vor allem durch mehrere Gesetzesinitiativen zur Umsetzung internationaler Vereinbarungen sowie Regulierungen im Bereich des Privatrechts geprägt. Ferner wurde das Vetting-Verfahren bis 2024 verlängert.

Verfassungsänderung zur Verlängerung des Vetting-Verfahrens

Am 10. Februar 2022 beschloss das albanische Parlament die Verlängerung des Mandats der Vetting-Gremien bis Ende 2024. Da das Mandat der Prüfungsgremien¹ in der Verfassung festgelegt ist, war für seine Verlängerung eine Verfassungsänderung notwendig. Das seit fünf Jahren laufende Vetting-Verfahren zur Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf widerrechtlich erlangtes Vermögen sowie Integrität und Eignung hätte eigentlich Ende Juni 2022 beendet sein sollen. Bisher wurden von den insgesamt 800 Richtern und Staatsanwälten allerdings lediglich 500 überprüft und beschieden.² Das Auslaufen der geltenden Regelung hätte die Auflösung der Prüfungsgremien sowie die Übernahme der noch nicht abgeschlossenen Fälle durch die Ständigen Justizräte (High Judicial Council und High Prosecutorial Council) zur Folge gehabt. Damit drohte eine mögliche Ungleichbehandlung der bereits überprüften Richter und Staatsanwälte und derjenigen, die noch zu überprüfen wären. Es bestanden Zweifel an der Effizienz und Effektivität der Prüfung durch die Justizräte und hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass der Prozess dann länger dauern könnte. Ferner bestand auch die Gefahr der fehlenden Konsistenz und Konsequenz bei der Interpretation und Entscheidung der Fälle, weil eine „liberalere“ Interpretation hinsichtlich Vermögensfragen im Gegensatz zu der bisherigen sehr strengen Haltung der Prüfungsgremien befürchtet wurde. Die Venedig-Kommission hatte in ihrer Empfehlung vom

14. Dezember 2021³ festgestellt, dass eine Verlängerung des Verfahrens mit den europäischen Standards und früheren Empfehlungen der Venedig-Kommission im Einklang stünde.

Das neue Start-up Gesetz

Das neue Start-up Gesetz⁴ schafft neben einer Definition des Begriffs „Start-up“ (jede in- und ausländische Person, auch ein „digitaler Nomade“, die ein einzigartiges Geschäftsmodell, ein innovatives Produkt, eine innovative Dienstleistung oder Technologie mit dem Potenzial für schnelles Wachstum schaffen will) eine solide gesetzliche Grundlage für solche Unternehmen sowohl auf der institutionellen als auch der regulatorischen Ebene. Es normiert alle Details hinsichtlich des Gründungsverfahrens, der Behördenzuständigkeiten, der finanziellen Unterstützung, der Überwachung des Start-up-Markts und des entsprechenden Start-up-Ökosystems. Durch dieses Gesetz soll ein vorteilhaftes Umfeld für alle Start-ups entstehen, da diese unter anderem die Möglichkeit von Mentoring und finanzielle Unterstützung erhalten sollen. Das Gesetz sieht außerdem die Erstellung eines Zentralregisters zur Erfassung aller Start-ups vor. Damit sollen ein regulatorischer Anreizmechanismus für den Bereich Start-up-Unternehmen geschaffen werden und Jungunternehmer dabei unterstützt werden, in das Wirtschaftsleben einzusteigen und Investitionen zu sichern.

Änderung des Immobilienmakler-Gesetzes

Die neuesten Änderungen des Immobilienmakler-Gesetzes⁵ bringen Regeln für den bisher nicht regulierten Beruf des Immobilienmaklers. Sie dienen unter anderem der Bekämpfung und Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzie-

* Der Autor Dr. Usvatov ist neuer Leiter des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa (RSP SOE) der KAS mit Sitz in Bukarest. Der Autor Dr. Muharemović, LL.M., ist Ass. Prof. und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im RSP SOE.

** Die Autorin ist Volljuristin und Rechtsberaterin in Projekten zur Justiz und Rechtsstaatlichkeit in Albanien sowie Dozentin an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tirana.

1 Sog. Reevaluationskommission als erste Instanz sowie die öffentlich bestellten Kommissare, die als Korrektiv im öffentlichen Interesse agieren.

2 Veröffentlicht von der die Reevaluationskommission im Rahmen des Verfassungsänderungsprozesses, 20211018135758img20211018_13550107.pdf (parlament.al).

3 CDL-AD(2021)053 v. 14. Dezember 2021, [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2021\)053-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2021)053-e) (letzter Abruf 14. September 2022).

4 Gesetz Nr. 25/2022 v. 10. März 2022.

5 Gesetz Nr. 9/2022 v. 27. Januar 2022.

rung. Sie sollen ferner dabei helfen, dass Albanien aus der „grauen Liste“ der FATF⁶ (d. h. unter zusätzlicher Überwachung) gestrichen wird, auf der sich das Land seit 2020 befindet. Gerade der Immobilienmarkt wird in den Berichten des FATF wegen der ausschließlichen Verwendung von Bargeldzahlungen in den Hochrisikobereich eingestuft.

Eine der vorgesehenen Maßnahmen ist die Zertifizierung der Immobilienmakler, um damit den Immobilienhandel zu formalisieren und besser zu kontrollieren. Die Tätigkeit des Immobilienmaklers darf künftig erst nach Zertifizierung durch den Justizminister, der die Erfüllung aller gesetzlichen Kriterien und Integrität der Antragsteller prüft und Eintragung in ein nationales Register vornimmt. Den Beruf des Immobilienmaklers kann auch ein EU-Bürger ausüben, soweit er eine entsprechende Lizenz in einem EU-Mitgliedstaat erhalten hat und einen Kooperationsvertrag mit einem albanischen Maklerbüro abgeschlossen hat.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA (Dr. Mahir Muharemović, Tuzla)

Änderungen des Wahlgesetzes durch den Hohen Repräsentanten

Am 27. Juli 2022 beschloss der Hohe Repräsentant einige Änderungen des Wahlgesetzes,⁷ um eine faire und freie Wahlkampagne zu gewährleisten und die Integrität der Wahlen zu sichern. „Hassrede“ wird unter Strafe gestellt, und die Zentrale Wahlkommission von Bosnien und Herzegowina (BiH) erhält die Möglichkeit, eine Person von der Kandidatenliste oder eine Partei von der Wahlliste zu streichen, falls diese grob gegen das Gesetz verstößt. Geregelt wird auch die Nutzung von Medien sowie sozialen Netzwerken im Wahlkampf. Mandatsträgern und Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen ist es untersagt, während der Arbeitszeit Wahlkampagnen in öffentlichen Einrichtungen durchzuführen.

Besondere Kritik gibt es am Zeitpunkt der Entscheidung, die etwas mehr als zwei Monate vor dem Wahltag erging. Wahlgesetze sollen nach der Ankündigung des Wahltermins generell nicht geändert werden, damit Rechtssicherheit für Kandidaten, Wähler und Verwaltung gewährleistet und eine Gefährdung der Abhaltung der Wahlen ausgeschlossen werden.

Neues Gesetz über besondere Vermögenssteuer in der Republika Srpska

Das Gesetz vom 3. März 2022⁸ regelt die Voraussetzungen und Verfahren zur Ermittlung des Vermögens und des Vermögenszuwachses einer natürlichen Person, für die sie die Art und Quelle des Erwerbs nicht nachweisen kann. Darauf wird eine besondere Vermögenszuwachssteuer i. H. v. 75 % erhoben. Ziel dieses Gesetzes ist die Schaffung eines einheitlicheren Systems zur Bekämpfung von Korruption und Schattenwirtschaft, ferner eine Kontrolle des Vermögenserwerbs und Vorbeugung von möglichen Missbräuchen. Die Beweislast trifft dabei die Steuerverwaltung, wobei diese ggf. die Staatsanwaltschaft informieren muss, die den Verdacht einer Straftat prüft.

Gegen die Art und Weise geäußert der Durchführung des Kontrollverfahrens werden schwerwiegende Einwände erhoben. Es ist nicht geregelt, wie die Finanzbehörde bei der Auswahl der Personen vorgehen soll, die der Kontrolle unterliegen. Da die Behörde unter der Kontrolle der Exekutive

(also Regierung) steht, wird damit Raum für Willkür und politisch motivierten Missbrauch eröffnet.

Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Föderation von BiH

Das Abgeordnetenhaus des Parlaments der Föderation Bosnien und Herzegowina (BiH) hat am 28. Juni 2022⁹ eine Änderung des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren in der Föderation beschlossen. Die erste wesentliche Änderung besteht in der Einführung einer neuen Kommunikationsmöglichkeit in Form von elektronischer Post zwischen Verwaltungsorganen und Parteien in Verwaltungsverfahren. Auf diese Weise können Behörden und Beteiligte in Verwaltungsverfahren künftig per E-Mail und durch sonstige digitale Kommunikationsmittel miteinander kommunizieren und Schriftsätze einreichen. Durch die zweite wichtige Änderung wird den im Verwaltungsverfahren entscheidenden Behörden ausdrücklich untersagt, die Vorlage von Beweismitteln und Dokumenten zu verlangen, die diese oder andere Behörden bereits in ihren amtlichen Aufzeichnungen haben.

BULGARIEN (Vasil Stoyanov, Sofia)*

Steuern und Finanzrecht

Mit der Änderung des Gesetzes über die Körperschaftsteuer¹⁰ wurde der Steuersatz der Aufwandsteuer für die Ausgaben in Form von Sachleistungen auf 3 % gesenkt. Die Steuer auf Zinsen auf Bankkonten natürlicher Personen von 8 % wird abgeschafft und die Zinsen auf Einlagen in Geschäftsbanken in Bulgarien und der EU werden zu steuerfreien Einnahmen erklärt.

Das Gesetz über das öffentliche Angebot von Wertpapieren¹¹ hat eine wesentliche Erleichterung hinsichtlich der Veröffentlichung eines Prospekts bei einem öffentlichen Angebot von Wertpapieren eingeführt. Seit dem 1. Juli 2022 liegt die Schwelle für die Verpflichtung zur Veröffentlichung bei 8 Millionen Euro, davor lag sie bei 3 Millionen Euro.

Verbraucherrecht

Das Konsumentenschutzgesetz wurde geändert,¹² um den Verbraucherschutz zu stärken. Es sind individuelle Schutzmaßnahmen für Verbraucher vorgesehen, die durch die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken geschädigt wurden, wobei die Verbraucher die Möglichkeit haben, eine Preisminderung oder einen Schadensersatz zu verlangen. Ferner werden zusätzliche Pflichten für Online-Dienstleister eingeführt, der dem Verbraucher zusätzliche Informationen zur Verfügung stellen muss. Es gelten nun die Verpflichtung zur Transparenz von Informationen und Authentizität von Be-

* Der Autor ist LL.M. und Doktorand an der Universität „St. Kliment Ohridski“ in Sofia.

6 Die Financial Action Task Force (FATF) ist eine internationale Institution, die Standards im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung festlegt und ihre Einhaltung überprüft.

7 <http://www.ohr.int/decision-enacting-the-law-on-amendments-to-the-election-law-of-bosnia-and-herzegovina-7/> (letzter Abruf 14. September 2022).

8 Službeni glasnik RS, broj 15/22.

9 Gesetz v. 28. Juni 2022, Službene novine FBiH, br. 61/2022.

10 DB, 6p. 17/1. März 2022.

11 DB, 6p. 51/24. Juni 2022.

12 DB, 6p. 20/11. März 2022.

nutzerbewertungen und ein Verbot der Verwendung gefälschter und falscher Bewertungen.

Erneuerbare Energien

Die Änderungen im Gesetz über Energie aus erneuerbaren Quellen¹³ führen eine vereinfachte Regelung für den Bau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen für den Eigenverbrauch in städtischen Gebieten ein. Vorgesehen ist ein schnelles Verfahren für den Bau von kleinen Anlagen für Erneuerbare Energien auf Dach- und Fassadenkonstruktionen von Gebäuden für den Eigenbedarf mit bis zu fünf Megawatt Leistung, für die eine bloße Anzeige genügt und keine Genehmigung mehr erforderlich sein wird.

Strafrecht

Durch eine Änderung in dem Gesetz über die Justiz¹⁴ hat das Parlament die 2010 geschaffenen, auf organisierte Kriminalität spezialisierten Strafgericht und Staatsanwaltschaft sowie die jeweiligen Berufungsinstitutionen abgeschafft. Die Richter und die Staatsanwälte aus den aufgelösten Einrichtungen werden den Gerichten und Staatsanwaltschaften zugewiesen, die der Hierarchie des jeweiligen Fachgerichts entsprechen.

KOSOVO (Dr. Pavel Usvatov, Bukarest)

Neuer Gerichtszweig für Wirtschaftssachen

Mit dem Gesetz No. 08/L-015 vom 21. Januar 2022¹⁵ wird mit dem Gericht für Wirtschaftssachen (erste und zweite Instanz) ein neuer Gerichtszweig geschaffen. Das Ziel ist die Steigerung der Effizienz und Effektivität der gerichtlichen Lösung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen. In die Zuständigkeit des neuen Gerichts fallen sowohl privatrechtliche als auch verwaltungsrechtliche und finanzrechtliche Streitigkeiten. Die an- bzw. rechtshängigen Rechtsstreitigkeiten sollen innerhalb einer „angemessenen Frist“ von den Amtsgerichten an das neue Wirtschaftsgericht verwiesen werden.

Eigentumsrechte von Ausländern im Kosovo

Das Gesetz No. 08/L-013 vom 21. Januar 2022¹⁶ schreibt fest, dass Ausländer (natürliche und juristische Personen) auf dem Gebiet des Kosovo nur dann Eigentum an Immobilien erwerben können, wenn Reziprozität im Herkunftsland gegeben ist. EU-Bürger und in der EU eingetragene juristische Personen sind vom Erfordernis der Reziprozität befreit, soweit ihre Herkunftsländer eine Vertretung oder Niederlassung im Kosovo haben. Nicht berechtigt sind Ausländer zum Erwerb öffentlicher Güter, z. B. natürlicher Ressourcen, landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Flächen sowie Wälder in öffentlichem Eigentum (Ausnahme: Flächen unter 5.000 m² im Zusammenhang mit einer Wohnimmobilie), als kulturelles Erbe von besonderer Bedeutung eingestuftes öffentliches Eigentum oder die dem Schutz der Interessen und der Sicherheit des Staates dienende Immobilien.

Neues Außenhandelsgesetz

Das neue Gesetz über den Außenhandel No. 08/L-021 vom 8. Februar 2022¹⁷ ersetzte zum 11. März 2022 das Gesetz No. 04/L-048 vom 14. November 2011. Damit sollten die Vorschriften mit bewährten internationalen Praktiken,

WTO-Übereinkommen und den Rechtsvorschriften der Europäischen Union in Einklang gebracht werden. Es werden allgemeine Grundsätze und Regeln für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren sowie für den Außenhandel mit Dienstleistungen geschaffen.

Harmonisierung mit dem EU-Recht: Wettbewerb, Tourismus, Alkohol

Im Bereich des Wettbewerbsrechts wurden gleich drei wichtige Gesetze beschlossen: Gesetz Nr. 08/L-076¹⁸ über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen, Gesetz Nr. 08/L-056¹⁹ über den Schutz des Wettbewerbs sowie Gesetz Nr. 08/L-075²⁰ über Marken (Warenzeichengesetz). Damit wurden die entsprechenden Rechtsbereiche im Einklang mit dem EU-Recht geregelt und u. a. EU-Richtlinien über den Schutz geistigen Eigentums, von Markenzeichen und von nicht offengelegtem Know-how und Geschäftsinformationen in Einklang gebracht. Auch auf die Umsetzung von EU-Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen ist die Neufassung des Gesetzes über Tourismus Nr. No. 08/L-074 vom 19. Mai 2022²¹ zurückzuführen. Schließlich trat auch ein Gesetz zur umfassenden Regelung der Spirituosen in Kraft, teilweise im Einklang mit EU-Richtlinien zu Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Etikettierung, Verwendung von Spirituosenamen sowie zum Schutz geografischer Angaben.²²

KROATIEN (Dr. Mahir Muharemović, Tuzla)

Neues Gesetz zum Schutz der Verbraucher

Das neue Verbraucherschutzgesetz vom 28. Januar 2022²³ schafft die Möglichkeit der Beschwerde des Verbrauchers über Online-Kommunikationsmittel, welche die Speicherung von Zeitpunkt und Inhalt der Mitteilung auf einem dauerhaften Datenträger erlauben (über E-Mail hinaus). Antwortet der Unternehmer nicht innerhalb von 15 Tagen, kann der Verbraucher eine Beschwerde bei der Kommission für Verbraucherbeschwerden einreichen. Eine weitere wichtige Änderung bezieht sich auf die Auszeichnung der Warenpreise: der Einzelhändler ist verpflichtet, bei Rabattaktionen den reduzierten Preis und den in den vorhergegangenen 30 Tagen niedrigsten Preis der Ware anzugeben. Die Liste der Umstände, die unlautere Geschäftspraktiken darstellen, wurde aus-

13 ДВ, бр. 42/26. Mai 2022.

14 ДВ, бр. 32/14. April 2022.

15 https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-015_SLVStNPEGU.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

16 https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-013_hAReangGh9.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

17 https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-021_LjXGqpvDnz.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

18 Gesetz v. 11. Mai 2022, https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-076_q8pGrfEfzq.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

19 Gesetz v. 13. Mai 2022, https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-056_RN4yhyCyMR.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

20 Gesetz v. 23. Juni 2022, https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-075_AbK2ngfmV8.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

21 https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-074_KMKgsA26k5.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

22 Gesetz No. 08/L-070 v. 14. Juni 2022, https://kuvendikosoves.org/Uploads/Data/Documents/Lawno.08-L-070_efjRrUGvKk.pdf (letzter Abruf 14. September 2022).

23 Narodne novine, broj 19/22 (203).

geweitet. Anbieter auf Online-Marktplätzen müssen die Verbraucher ferner darüber informieren, ob der Anbieter von Waren oder Diensten ein Unternehmer ist. Falls es sich bei dieser Person nicht um einen Unternehmer handelt, soll der Betreiber des Online-Marktplatzes den Verbraucher darüber informieren, dass die geregelten Verbraucherrechte keine Anwendung finden. Schließlich wird die zuständige Behörde zum Erlass vorübergehender Maßnahmen berechtigt, um widerrechtliche Inhalte von einer Website zu entfernen oder den Zugriff darauf einzuschränken.

Änderungen der Strafprozessordnung

Mit den am 1. Juli 2022 beschlossenen Änderungen des Strafprozessgesetzes²⁴ wird die Tonaufzeichnung aller Anhörungen ermöglicht und ab dem 1. Oktober 2024 vorgeschrieben, die Möglichkeiten von Fernanhörungen werden erweitert und es wird ein elektronisches Kommunikationssystem eingeführt. Eine wichtige Neuerung ist das Verbot der sogenannten „doppelten“ (i. S. v. wiederholten) Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils. Mit dieser Änderung kann das Berufungsgericht nach Aufhebung eines erstinstanzlichen Urteils dem Gericht der ersten Instanz Anweisungen für das zu wiederholende Verfahren geben. Kommt es in derselben Rechtssache zu einer zweiten, wiederholten Berufung, nachdem das erstinstanzliche Urteil bereits im Berufungsverfahren einmal aufgehoben und zurückverwiesen wurde, wird dieser Fall nicht mehr zurückverwiesen. Das Berufungsgericht führt eine Anhörung durch und muss nun selbst entscheiden. Das Berufungsgericht muss in diesem Fall allerdings keine neue vollständige mündliche Anhörung und Beweiserhebung durchführen, sondern nur strittige Tatsachen anhand der Berufungsbegründung untersuchen und bewerten. Die Parteien können in der mündlichen Verhandlung nur neue Beweismittel und Tatsachen vortragen, wenn diese sich nach der Verkündung des erstinstanzlichen Urteils im Wiederholungsverfahren ergeben haben oder die ihnen nachträglich bekannt geworden sind.

Die Einführung der elektronischen Kommunikation im Strafverfahren ermöglicht es, Dokumente in elektronischer Form zu versenden. Damit werden die Voraussetzungen für die Tonaufzeichnung von Anhörungen im Strafverfahren geschaffen. Bei aufgezeichneten Anhörungen ist die Niederschrift derselben grundsätzlich nicht obligatorisch. Die Entscheidung darüber, ob berechtigte Gründe für eine Niederschrift vorliegen, obliegt dem vorsitzenden Richter, wobei die Niederschrift immer dann anzufertigen ist, wenn der Angeklagte, der keinen Verteidiger hat, dies beantragt.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit von Fernverhandlungen mittels einer Audio-Video-Übertragung geschaffen. Neben den bestehenden Möglichkeiten der Nutzung der Audio-Video-Verbindung ist ihre Nutzung bei den Sitzungen in den Vorverhandlungen vorgeschrieben. Auch das Opfer einer Straftat kann seine Aussage unter Nutzung einer Audio-Video-Verbindung machen, wobei über die Zulässigkeit der vorsitzende Richter nach den Umständen des Einzelfalles entscheidet.

Änderungen der Zivilprozessordnung

Mit den Änderungen der Zivilprozessordnung am 1. Juli 2022²⁵ werden genaue Fristen für den Abschluss von Zivilverfahren eingeführt. Es wird die Pflicht zur Erstellung eines

„Verfahrens-Managementplans“ geschaffen und der Kreis der E-Kommunikationsnutzer im Verfahren erweitert. Verfahren in erster Instanz müssen innerhalb von drei Jahren, Berufungen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Streit-sachen von geringem Wert, die i. d. R. schriftlich durchzuführen sind, müssen innerhalb eines Jahres beigelegt sein, das Berufungsverfahren darf bis zu sechs Monate dauern. Die Vorverhandlung muss innerhalb von drei Monaten ab Eingang der Klageerwiderung bzw. des Ablaufs der Klageerwiderungsfrist stattfinden. Die Hauptverhandlung ist dann innerhalb von sechs Monaten durchzuführen. Der Oberste Gerichtshof muss innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Antrags über die Zulassung der Revision entscheiden, das Revisionsverfahren muss er innerhalb von zwei Jahren abschließen.

Die Bestimmungen über die Aussetzung des Verfahrens zum Versuch einer einvernehmlichen Lösung werden gestrichen, um die Verzögerung des laufenden Rechtsstreits zu vermeiden und Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zu ermöglichen.

Bei der ersten Anhörung muss der Richter den Ablauf des Verfahrens festlegen und einen Managementplan erstellen, zu dem die Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Dadurch sollen die Gerichte angeregt werden, proaktiv an die Lösung des jeweiligen Falles heranzugehen und in der ersten Verhandlung alle bekannten relevanten Tatsachen und Rechtsfragen anzugeben. Dieser Plan soll den Beteiligten einen transparenten Einblick in den Verfahrensablauf geben. Schließlich wird eine Pflicht zur Tonaufzeichnung aller Anhörungen eingeführt.

MONTENEGRO (Dr. Luka Breneselović, LL.M., Belgrad)*

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments wurde durch ein im Februar 2022 abgehaltenes erfolgreiches Misstrauensvotum und laufende Koalitionsverhandlungen unterbrochen. Als das bisher wichtigste juristische Ereignis des ersten Halbjahres dürfte der Abschluss eines Grundübereinkommens mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche gelten, von welchem man sich eine zukunftssträchtige Regelung des Status dieser zahlenmäßig stärksten Kirchengemeinde in Montenegro erhofft.²⁶

NORDMAZEDONIEN (Nadica Serafimovska, Skopje)**

Finanzrecht

Am 12. April 2022 wurde das neue Gesetz über die Zahlungsdienste und Zahlungssysteme²⁷ beschlossen. Das Ziel der Neuregelung ist die Schaffung eines offenen Finanzmarkts in Nordmazedonien sowie die Angleichung der ge-

* Der Autor ist LL.M. und Rechtsanwalt in der Kanzlei Momcilovic sowie freier Mitarbeiter des Instituts für Rechtsvergleichung, Belgrad.

** Die Autorin ist Dipl.-Juristin und Mitarbeiterin der OSZE-Mission in Skopje.

24 Narodne novine, broj 80/22 (1169).

25 Narodne novine, broj 80/22 (1170).

26 Vgl. für dieses rechtsstaatlich interessante Thema die „Rechtsentwicklung in Südosteuropa“ zu Montenegro in NJ 2020, 439 (444) und NJ 2021, 429 (432).

27 Службен Весник на Република Северна Македонија бр.90/22.

setzlichen Regelungen an das EU-Recht, vor allem an die sogenannte „PSD2“-Richtlinie.²⁸

Die wichtigste Neuerung, die zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs beitragen soll, ist die Berechtigung von Anbietern, die nicht Banken sind, Zahlungsdienste zu leisten und E-Geld auszugeben. Die Erbringung von Zahlungsdiensten wird auch ausländischen, in EU-Ländern registrierten Zahlungsinstituten direkt oder durch Zweigniederlassungen und Agenten erlaubt. Im Hinblick auf die steigende Nutzung digitaler Zahlungen und um Betrugsrisiken zu begrenzen, sieht das Gesetz ausführliche Regeln für starke Kundenauthentifizierung vor.

Im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs ist die Einführung von zwei zusätzlichen Zahlungsdienstleistungen eine der wichtigsten Neuigkeiten: Schaffung der sogenannten Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste. Diese sollen einen wirksamen Schutz der Rechte der Kunden dadurch gewährleisten, dass die Zahlungsdienstleister verpflichtet werden, Informationen über die Nutzungsbedingungen in leicht zugänglicher Form verfügbar zu machen. Zu Gunsten von Kunden schränkt das Gesetz ferner die Interbankenentgelte für Kreditkarten ein und enthält ausführliche Regelungen über kartengebundene Zahlungsinstrumente und Kartensysteme.

Es wird erwartet, dass die Gesetzesänderungen, die ab dem 1. Januar 2023 gelten sollen, den Zahlungsverkehr modernisieren, die Gründung neuer Zahlungsinstituten fördern und den Wettbewerb am Finanzmarkt beleben.

REPUBLIK MOLDAU (Dr. Pavel Usvatov, Bukarest)

In der Republik Moldau gab es einige relevante Änderungen im wirtschaftlichen Bereich, bei der Bekämpfung von Desinformation, im Zivilprozess und bei der Kfz-Haftpflichtversicherung.

Wirtschaftsrecht

Mit dem Gesetz vom 10. Februar 2022²⁹ wurde der Nationale Fonds für regionale und lokale Entwicklung geschaffen, aus dessen Mitteln entsprechende Entwicklungsprojekte finanziert werden sollen. Damit soll unter anderem eine finanzielle Basis für die Infrastrukturentwicklung außerhalb der Hauptstadt geschaffen werden.

Am 17. März 2022³⁰ beschloss das Parlament den Beitritt der Republik Moldau dem Protokoll über die Beseitigung des illegalen Handels mit Tabakerzeugnissen zum Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums. Unter anderem soll damit der weiterhin weit verbreitete illegale Handel und Schmuggel von Tabakerzeugnissen weiter eingedämmt werden.

Am 22. April 2022³¹ wurde das Gesetz über die Duale Ausbildung verabschiedet. Damit wurde eine formalgesetzliche einheitliche Rechtsgrundlage für die von 2014 bis 2017 als Pilotprojekt eingeführte und anschließend durch Rechtsverordnungen reglementierte Ausbildungsform geschaffen. Sie soll Widersprüche zwischen arbeitsrechtlichen, (aus)bildungsrechtlichen, steuerrechtlichen und anderen Regelungen auflösen und einen rechtssicheren Status für die Auszubildenden schaffen.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung dürfen mit dem Inkrafttreten des Art. 40¹ GmbHG vom 2. Juni 2022³² nicht

wandelbare **Schuldverschreibungen** ausgeben, um sich das benötigte Kapital am Markt beschaffen zu können.

Informationssicherheit – Bekämpfung von Desinformation

Die Änderungen des Gesetzes über den Nachrichten- und Sicherheitsdienst der Republik Moldau vom 2. Juni 2022³³ sollen der Verbreitung von Desinformation in der Republik Moldau entgegenwirken. Desinformation wird im Art. 1 nun als „die absichtliche Verbreitung falscher Informationen, die darauf abzielen, einer Einzelperson, einer sozialen Gruppe, einer Organisation oder der Sicherheit des Staates zu schaden“ definiert. Der Anwendungsbereich wurde um inländische Quellen erweitert (vorher nur Quellen im Ausland). Das Gesetz bestimmt, dass bei Fernsehdiensten mindestens 50 % der im Ausland erworbenen Programme aus EU-Staaten bzw. Staaten des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen stammen müssen. Programme mit informatorischem, analytischem, militärischem und politischem Inhalt, die von außerhalb der genannten Gebiete und der USA und Kanadas stammen, dürfen nicht ausgestrahlt werden. Bei linearen Mediendiensten müssen mind. 50 % des Programms „europäisch“ sein, bei nichtlinearen mind. 30 %, wobei diese im Programm hervorzuhoben sind. Die Gesetzesänderung kann als Reaktion auf den Krieg Russlands in der Ukraine und wachsende Verbreitung der russischen Kriegspropaganda in der Republik Moldau gewertet werden.

Zivilprozessrecht – Abschaffung des Mediationsverfahrens

Das bisher verbindliche gerichtliche Mediationsverfahren, das insbesondere bei Gerichten der ersten Instanz vor dem streitigen Verfahren durchgeführt werden musste, wurde mit der Aufhebung des Kapitels XIII¹ der Zivilprozessordnung am 26. April 2022³⁴ abgeschafft. Die Evaluation des 2017 eingeführten Instituts hatte gezeigt, dass sein Einsatz ineffizient und kontraproduktiv war: Nur 2,6 % der 43.487 zwischen 2018 und 2021 durchgeführten Mediationsverfahren endeten mit einer Einigung, in den übrigen Fällen ging das Verfahren in der Regel in ein Streitiges über. Das Verfahren,

28 RICHTLINIE (EU) 2015/2366 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG.

29 Gesetz Nr. 27, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5809/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

30 Gesetz Nr. 61, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5897/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

31 Gesetz Nr. 110, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5916/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

32 Gesetz Nr. 146 zur Änderung des GmbHG, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5995/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

33 Gesetz Nr. 143, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5941/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

34 Gesetz Nr. 97, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiectedeactelegislative/tabid/61/LegislativId/5900/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

dass entgegen der gesetzlichen Regelung drei bis neun Monate statt bis zu 45 Tagen in Anspruch nahm, hatte einen negativen Einfluss auf die ohnehin schon angespannten Kapazitäten der Gerichte.

Versicherungsrecht – Kfz-Haftpflichtversicherung

Mit dem neuen Gesetz über die Pflicht zur **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** für durch Fahrzeuge verursachte Schäden vom 22. April 2022³⁵ wurden die EU-Richtlinien 2009/103/CE und 2009/138/CE in der Republik Moldau umgesetzt. Damit verfolgt die Regierung ihren an einen Beitritt zur EU gerichteten Kurs durch Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung mit dem EU-Recht weiter.

RUMÄNIEN (Dr. Adina Ponta, Klausenburg/Cluj-Napoca)*

Die wichtigsten rechtlichen Entwicklungen in Rumänien betreffen Reformen und Investitionen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau- und Resilienzplan.³⁶ Der Plan wurde im Rahmen von Next Generation EU, dem Instrument der Europäischen Union zur Erholung von der Coronavirus-Pandemie, genehmigt. Ziel des Programms ist die Unterstützung von Investitionen und Reformen in der gesamten EU, die Bewältigung gemeinsamer europäischer Herausforderungen durch grünen und digitalen Wandel, die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Widerstandsfähigkeit und des Zusammenhalts des Binnenmarkts.

Unter den wichtigsten Zielen Rumäniens ist der Aufbau einer sicheren Cloud-Computing-Infrastruktur der Regierung, um die Interoperabilität von öffentlichen Verwaltungsplattformen und Datendiensten zu ermöglichen und um die Einführung digitaler öffentlicher Dienste zu fördern.

Digitale Transformation

Um die im Wiederaufbau- und Resilienzplan angenommenen Meilensteine zu erreichen und eine integrierte Architektur der Infrastruktur für digitale Dienste zu entwickeln, verabschiedete das rumänische Parlament am 29. Juni 2022 das Gesetz über den Datenaustausch zwischen Informationssystemen und die Schaffung der nationalen Interoperabilitätsplattform.³⁷ Dabei handelt es sich um eine der umfangreichsten Reformen der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahrzehnten. Das Gesetz sieht die Entwicklung eines standardisierten, digital vernetzten Ökosystems vor, das die Wiederverwendung von Informationen fördert, indem Dienste aggregiert werden, um die Durchführung grenzüberschreitender, sektorübergreifender Transaktionen und solcher zwischen Behörden zu ermöglichen. Die Hauptziele des Gesetzes sind die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste, die Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung, die Verbesserung der Rückverfolgbarkeit und Transparenz des Verwaltungsakts, aber auch die Informierung des Dateninhabers darüber, wie er auf seine Daten zugreifen und diese verarbeiten kann.

Die wichtigste Neuerung besteht darin, dass dieses Gesetz das „*once only*“-Prinzip und die Gruppierung öffentlicher Dienste um den Endnutzer vorsieht. Öffentliche Einrichtungen und Behörden werden verpflichtet, die Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen, ohne zusätzliche Dokumen-

te anzufordern, die Informationen enthalten, die über die nationale Interoperabilitätsplattform bereits verfügbar sind. Behörden haben nicht mehr das Recht, von natürlichen und juristischen Personen Nachweise oder Bescheinigungen über die bereits erhobenen Daten zu verlangen, sondern die bei der Erbringung öffentlicher Dienste verwendeten Daten sind ausschließlich den über die Plattform verfügbaren Registern zu entnehmen.

Darüber hinaus wird die Interoperabilität in der zentralen öffentlichen Verwaltung und zwischen lokalen und zentralen Behörden gefördert, aber auch der Zugang privater Einrichtungen zu Daten öffentlicher Einrichtungen und umgekehrt, um somit die Sicherheit und Vertraulichkeit des Datenaustauschs zu gewährleisten.

Ein weiterer Meilenstein aus dem Wiederaufbau- und Resilienzplan im Bereich der digitalen Transformation soll durch die Verabschiedung der Regierungsverordnung über die Government Cloud-Plattform vom 27. Juni 2022 erreicht werden.³⁸ Die Verordnung auf die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Zusammenschaltung bestehender Informationssysteme, basierend auf einer Kommunikationsarchitektur mit einer einheitlichen Entwicklungsrichtlinie, einer Standardisierung von Zugriffs- und Sicherheitsrichtlinien und deren einheitlicher Nutzung und einer effizienten Verwaltung der Datenverarbeitung. Der Government Cloud soll die notwendige Infrastruktur für staatliche Institutionen bereitstellen, um ihre Tätigkeit und die Beziehungen zur Öffentlichkeit zu digitalisieren. Die Verordnung legt erstmals die für Rumänien wichtigsten Grundsätze fest, wie z. B. Cloud first, Hybrid Cloud for Government Cloud, Data Governance und Marktplatz für Softwarelösungen. Das System beinhaltet eine hybride Cloud-Komponente, die die Einbindung des privaten Umfelds durch innovative Lösungen, durch die Bereitstellung von Cloud-Diensten für öffentliche Einrichtungen und durch eine Service-Level-Verbindung mit der staatlichen, allerdings privat [durch private Unternehmen] verwalteten Cloud ermöglicht. Der Text umfasst zudem die Entwicklung von Anwendungen für Protokollierung und Benachrichtigung über die Aktivität der Datenverarbeitung und einen Katalog von Anwendungen und IT-Lösungen unter Beteiligung des privaten Umfelds. Nach dem Vorbild Großbritanniens können die Behörden in diesem „virtuellen Laden“ die benötigten IT-Lösungen vergleichen und erwerben. Ein Compliance-Audit ist in Bezug auf Schutz, Quali-

* Die Autorin ist Dozentin an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Babes-Bolyai Universität in Klausenburg/Cluj-Napoca und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Business Law & Information Technology.

35 Gesetz Nr. 106, <https://www.parlament.md/ProcesulLegislativ/Proiecteacteleislative/tabid/61/LegislativId/5912/language/ro-RO/Default.aspx> (letzter Abruf 14. September 2022).

36 Anhang zum Durchführungsbeschluss des Rates über die Genehmigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans für Rumänien, Brüssel, 22. Oktober 2021 – ADD 112319/21.

37 Gesetz Nr. 242/2022 über den Datenaustausch zwischen Informationssystemen und die Schaffung der nationalen Interoperabilitätsplattform.

38 Regierungsverordnung Nr. 89/2022 über einige Maßnahmen zur Einführung des Verwaltungssystems der Government-Cloud-Plattform sowie zur Schaffung des rechtlichen Rahmens für die Organisation und den Betrieb von IT-Infrastrukturen und Cloud-Diensten im Prozess der digitalen Transformation, veröffentlicht im Amtsblatt 638/28, Juni 2022.

tät, Sicherheit und Rückverfolgbarkeit für die Plattform oder ihren Komponenten vorgesehen.

Ein weiteres Gesetz betrifft die elektronische Kommunikation und beseitigt mehrere vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Bestimmungen, darunter solche, die Anbieter elektronischer Hosting-Dienste verpflichtet hatten, Informationen über Verkehrsdaten, Identifizierung von Kunden, Zahlungsweisen und Zugriffshistorie dem Nationalen Sicherheitsdienst auf Antrag bereitzustellen, einschließlich bezüglich Anwendungen wie WhatsApp. Ziel des Gesetzes ist die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation in das nationale Recht.³⁹

Durch eine weitere Regelung werden die rumänischen Behörden verpflichtet, die Internetinfrastruktur so auszubauen, dass sie den Zugang aller Personen landesweit zu mindestens einem funktionsfähigen Breitband-Internetdienst an einem festen Punkt sicherstellen können.⁴⁰

Schließlich wird die Verpflichtung zur Annahme von Debit-, Kredit- oder Prepaid-Karten über ein POS-Terminal oder andere moderne Lösungen durch juristische Personen, die Einzelhandels- und Großhandelsaktivitäten oder Dienstleistungen erbringen, geschaffen.⁴¹ Die Verpflichtung entsteht ab dem dritten Quartal 2022 und soweit die Einnahmen die Schwelle von 50.000 Euro im Jahr überschreiten. Die gleiche Verpflichtung trifft öffentliche Behörden und Erbringer öffentlicher Leistungen sowie öffentliche Einrichtungen, die Steuern, Gebühren, Beiträge, Bußgelder oder Zahlungen für die erbrachten oder vermittelten Leistungen erheben.

Arbeits- und Sozialrecht

Eine neue Verordnung vervollständigt die Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern, die grenzüberschreitende Dienstleistungen erbringen.⁴² Bei Unterauftragsketten, in denen der Auftragnehmer und der Unterauftragnehmer in Rumänien ansässig sind, haftet der Auftragnehmer gesamtschuldnerisch mit oder im Namen des Unterauftragnehmers für die verbleibenden Nettogehaltsansprüche und Sozialbeiträge des Arbeitnehmers in Bezug auf das garantierte Mindestbruttogrundgehalt.

Eine weitere Regelung gewährleistet den Schutz rumänischer Staatsbürger mit dem Wohnsitz in Rumänien, die im Ausland arbeiten.⁴³ Das Außenministerium soll durch diplomatische Vertretungen sicherstellen, dass die Rechte rumänischer Staatsbürger, die in der Gesetzgebung des Aufnahme Staates, in internationalen Übereinkommen sowie in Arbeitsverträgen garantiert sind, auch respektiert werden.

Ein weiteres Gesetz führt den Begriff des „digitalen Nomaden“ in die rumänische Gesetzgebung ein.⁴⁴ Als digitaler Nomade gilt ein Ausländer, der mit einem Arbeitsvertrag bei einem außerhalb Rumäniens registrierten Unternehmen beschäftigt ist bzw. selbst ein solches Unternehmen betreibt und Dienstleistungen durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie erbringt. Digitale Nomaden, die in Rumänien reisen und bleiben möchten, während sie weiterhin Einkommen aus der Durchführung eines Arbeitsvertrages oder durch Tätigkeiten eines außerhalb Rumäniens registrierten Unternehmens erzielen möchten, müssen bestimmte Bedingungen erfüllen, wobei auch eine Mindesteinkommensgrenze gilt.

SERBIEN (Dr. Luka Breneselović, Belgrad)*

In Serbien wurden am 16. Januar 2022 nach einem langwierigen Verfahren die ersten Änderungen der geltenden Verfassung seit ihrem Inkrafttreten 2006 verabschiedet.⁴⁵ Den Kern der neuen Regelung bilden neue Grundsätze für die Richterwahl und Benennung der Staatsanwälte. Während nach der ursprünglichen Fassung die Kernkompetenz für die Wahl und Benennung bei dem Parlament lag (Art. 92 Abs. 2 Nr. 3 Verf aF), werden die Richter und die Staatsanwälte nach der neuen Regelung durch Standeskörperschaften gewählt, die überwiegend aus dem Kreis der Richter bzw. Staatsanwälte besetzt werden (Art. 150 nF, Art. 162 Verf nF). Ein weiterer Teil der neuen Vorschriften, die die richterliche Unabhängigkeit sichern sollen, ist nicht wirklich neu: es handelt sich um die klassischen rechtsstaatlichen Justiz- und Unabhängigkeitsgewährleistungen, die bisher mit einem ähnlichen oder identischen Wortlaut in verschiedenen Verfassungsnormen verstreut waren und durch die erfolgten Änderungen der Verfassung nur neu systematisiert wurden. Schließlich betrifft eine dritte gewichtige, aber unklar motivierte Änderung den offiziellen Namen des höchsten Gerichts, das zukünftig nicht mehr Kassationsgerichtshof, sondern Oberstes Gericht⁴⁶ heißen wird (Art. 143 Abs. 2 Verf nF).

Für die erfolgte verfassungsrechtliche Justizreform wurden viele Gründe genannt. Die Änderungen in der Fassung wurden als Mittel zur Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit und ein rechtstaatlich unerlässliches Desideratum im In- und Ausland promoviert. Die neuen Grundsätze der Richterwahl verdienen jedenfalls insoweit eine Billigung, als sie darauf abzielen bei der Wahl von Richtern und Staatsanwälten den Einfluss eines inoperablen Scheinparlamentarismus auf die Justiz einzuschränken. Es ist jedoch fraglich, ob die tatsächlichen Fehlentwicklungen in der Arbeit des Parlaments einen Entzug seiner – in vielen anderen europäischen Staaten üblichen – Kompetenzen rechtfertigen sollten. Wenn bei-

* Der Autor ist LL.M. und Rechtsanwalt in der Kanzlei Momcilovic sowie freier Mitarbeiter des Instituts für Rechtsvergleichung, Belgrad.

39 Gesetz Nr. 198/2022 vom 29. Juni 2022 zur Änderung und Ergänzung einiger normativer Akte im Bereich der elektronischen Kommunikation und zur Festlegung von Maßnahmen zur Erleichterung der Entwicklung elektronischer Kommunikationsnetze.

40 Gesetz Nr. 175/2022 vom 11. Mai 2022 zur Gewährleistung des Zugangs von Einzelpersonen zu Breitband-Internetdiensten an einem festen Punkt.

41 Gesetz Nr. 128/2022 vom 5. April 2022 zur Änderung und Ergänzung der Regierungsverordnung Nr. 193/2002 über die Einführung moderner Zahlungssysteme, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 456 vom 6. Mai 2022.

42 Regierungsverordnung Nr. 66/2022 vom 11. Mai 2022 zur Vervollständigung des Gesetzes Nr. 16/2017 über die Entsendung von Arbeitnehmern bei der Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen.

43 Änderung des Gesetzes Nr. 156/2000 vom 26. Juli 2000 für den Schutz rumänischer Bürger, die im Ausland arbeiten, veröffentlicht im Amtsblatt Rumäniens am 23. Februar 2022.

44 Gesetz Nr. 22/2022 vom 21. Dezember 2021, verkündet am 14. Januar 2022, zur Änderung und Ergänzung der Regierungsverordnung Nr. 194/2002 über das Ausländerregime in Rumänien, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 45 vom 14. Januar 2022.

45 Akt o promeni Ustava Republike Srbije – Službeni glasnik Republike Srbije 115/2021; Odluka o proglašenju Akta o promeni Ustava Republike Srbije – Službeni glasnik Republike Srbije 16/2022.

46 Ein „Kassationsgericht“ hatten Fürstentum und Königreich Serbien von 1846 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, während die Bezeichnung „Oberstes Gericht“ der Name für sechs oberste Landesgerichte im sozialistischen Jugoslawien war.

spielsweise für die Übertragung der Auswahlkompetenz vom Parlament auf andere Körperschaften das Fehlen einer faktisch-organisatorischen oder sachlichen Kompetenz für die Prüfung von Richterbiografien im Parlament sprechen sollten (in Serbien verfügt das Parlament über keinen wissenschaftlichen Dienst und die Abgeordneten haben keine eigenen Mitarbeiter), dann ist es auch nicht ersichtlich, mit welcher inneren Berechtigung die viel aufwändigere Zuständigkeiten wie die Gesetzgebungskompetenz beim Parlament verbleiben sollten.

Im Einzelnen werfen die angestrebten Änderungen, die sorgsam vorbereitet wurden, viele offene Fragen auf. Die gewiss als notorisch bemängelte Ineffizienz der serbischen Justiz hat ihre Wurzeln in mannigfaltigen praktischen und gesellschaftlichen Gründen, die mit der laufenden normativen Reform nicht angesprochen werden. Als Beispiel können hier etwa die Ungereimtheiten einer Transferkultur genannt werden, wenn einzelne prozessuale Mechanismen auf dem Papier übernommen wurden, ohne dass entscheidende *Praktiken*, die bei gleicher Regelung im Ausland mitgedacht werden (etwa bei der Anwendung der ZPO in Deutschland), vorausgesetzt sind. Ferner stellt sich für die serbische Justiz ein ständiges Raumproblem dar, da den Gerichten alte sozialistische oder zweckentfremdete Gebäude zugewiesen werden, in welchen nicht annäherungsweise das Prinzip der Verfahrensförmlichkeit gewährleistet werden kann. Schließlich ist auch zu beachten, dass in letzten 20 Jahren die Zahl von Fällen gestiegen ist, in welchen die Justiz Kritik für „Ineffizienz“ hinnehmen musste, obwohl diese auf Entscheidungen des Gesetzgebers und nicht auf der Qualität ihrer Arbeit beruht. Betroffen sind traditionelle Bereiche wie Beurkundung, Erbschaftscheine, Zwangsvollstreckung, wo der Gesetzgeber *im Prinzip*, förmlich die Verantwortung für den Verfahrensausgang bei Gerichten gelassen hat, die wichtigste Entschei-

dungskompetenzen jedoch durch überraschende Klauseln, einem – hier im negativen Sinn verstanden – freien Recht der staatlich mannigfaltig geförderten Neugründungen wie Sonderagenturen, Gerichtsvollziehervereinen und Notarvereinigungen überlassen werden.

Für die internationale Gemeinschaft – günstig, aber auch im Einzelnen kritisch, hat sich die Venedig-Kommission über die Ziele des Vorhabens geäußert⁴⁷ –, bedeuten die verabschiedeten Änderungen der Verfassung einen Schritt in der Verbesserung der Justiz. Anderer Meinung sind viele Praktiker und prominente Kenner der Justiz in Serbien. Nach dieser zweiten Ansicht, bedeutet eine beliebige Reform der Justiz, auch wenn sie innerlich den großen Idealen wie Richterunabhängigkeit verpflichtet ist, für die Gerichte immer eine Destabilisierung ihres Systems. Drängt sich die Reform im Sinne einer unerlässlichen Notwendigkeit nicht auf, oder werden die Akzente der Reform auf Aspekte gesetzt, die keinen Schwerpunkt des Problems bilden, so bleibt allein ein Destabilisierungseffekt stehen. Der Reform kann man zudem einige Widersprüche bescheinigen, die wiederum das Problem des rechtlichen Transfers im Verfassungsbereich und einzelnen rechtlichen Gebieten unterstreichen. So ist etwa nicht einsichtig, wie sich die internationalen Akteure günstig über die Stellung von Richtern oder insbesondere von Staatsanwälten äußern konnten, ohne dabei die gravierende Änderung der Verfahrensordnungen in Serbien in letzten 20 Jahren zu berücksichtigen.

47 Vgl. European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission), Opinion No. 1047/2021: Serbia – Opinion on the draft constitutional amendments on the judiciary and the draft constitutional law for the implementation of the constitutional amendments, Oktober 2021; further Opinion No. 1067/2021: Serbia – Urgent opinion on the revised draft constitutional amendments on the judiciary, Dezember 2021.

Praxisrelevante Fallkonstellationen im Verkehrsstraf-/Bußgeld- und Verwaltungsrecht

Rechtsanwalt Dr. Ingo E. Fromm, Koblenz*

Im Anschluss an vorangegangene Fallbesprechungen¹ behandelt dieser Beitrag aktuelle praxisrelevante Fallkonstellationen im Verkehrsstraf-/Bußgeld- und Verwaltungsrecht sowie Lösungsansätze.

Strafbefehlsverfahren gegen Heranwachsende

Wird ein Heranwachsender für hinreichend verdächtig gehalten, ein strafrechtliches Verkehrsdelikt (z. B. § 316 StGB) begangen zu haben, so fragt sich, ob der Jugendrichter einen Strafbefehl erlassen bzw. die Staatsanwaltschaft diesen beantragen darf. Dies regeln §§ 79, 109 JGG. Wenn der Richter Jugendstrafrecht anwendet (§ 105 JGG), gilt nach § 109 II JGG § 79 I JGG entsprechend.² Nach § 79 I JGG darf dann – ebenso wenig wie gegen Jugendliche – kein Strafbefehl erlassen werden. Wenn der Jugendrichter dagegen vom Vorliegen von Erwachsenenreife ausgeht, dürfen Strafbefehle erlas-

sen werden. Oft werden massenhaft vorkommende Verkehrsdelikte Heranwachsender im Strafbefehlsweg ohne Hauptverhandlung (§§ 407 ff. StPO) erledigt.³ Viele Jugendrichter setzen erfahrungsgemäß die Innehabung der Fahrerlaubnis mit dem Vorliegen von Erwachsenenreife gleich.⁴ Umso verwunderlicher erscheint es, wenn Jugendrichter bei Verkehrsdelikten auch gegen Auszubildende, die noch zu Hause wohnen, ledig sind und keine Kinder haben, Strafbefehle erlassen. Mehrheitlich wird auf derartige Heranwachsende Jugendstrafrecht angewandt, § 105 JGG. Wird das

* Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht sowie für Verkehrsrecht bei caspers mock Anwälte, Koblenz.

1 NJ 2022, 215 ff.

2 MüKo-StPO/Kaspar, 2018, § 79 JGG, Rn. 1.

3 AG Saalfeld, Urt. v. 26. Oktober 1993 – Cs 661 Js 76304/93, NStZ 1994, 89.

4 Fromm, DAR-Extra 2014, 754.